

## Auftragsbekanntmachung

### Dienstleistungen

#### Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

##### I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: DFS Deutsche Flugsicherung GmbH

Postanschrift: Am DFS-Campus 10

Ort: Langen

NUTS-Code: DE71C Offenbach, Landkreis

Postleitzahl: 63225

Land: Deutschland

E-Mail: [christian.schwedass@dfs.de](mailto:christian.schwedass@dfs.de)

Telefon: +49 6103/707-4603

Fax: +49 6103/707-4695

##### **Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.dfs.de](http://www.dfs.de)

##### I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E48953941>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E48953941>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

##### I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

##### I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Verkehrswesen - Flugsicherung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

##### II.1) **Umfang der Beschaffung**

###### II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Jahresabschlussprüferleistungen für das Geschäftsjahr 2023 plus Option auf Vertragsverlängerung

###### II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

79212100 Buchprüfung

###### II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

###### II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Jahresabschlussprüferleistungen für das Geschäftsjahr 2023 mit Option auf Vertragsverlängerung.

Vergabenummer des Auftraggebers: 10.738, siehe auch Ziffer II.2.4

###### II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

###### II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

##### II.2) **Beschreibung**

**II.2.3) Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE71C Offenbach, Landkreis  
Hauptort der Ausführung:  
Langen/Hessen

**II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:**

Jahresabschlussprüfungsleistungen für die Geschäftsjahre 2023ff.

Es ist vorgesehen, mit dem wirtschaftlichsten Bieter einen Rahmenvertrag über die Erbringung von Wirtschaftsprüferleistungen abzuschließen. Der Abruf von Leistungen aus dem Rahmenvertrag soll anhand von Einzelabrufen erfolgen und steht unter dem Vorbehalt der Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss durch die jeweilige Gesellschafterversammlung und die entsprechende Beauftragung durch das jeweils zuständige Überwachungsorgan.

Prüfungsschwerpunkte:

1. Prüfung IFRS Konzernjahresabschluss DFS und DFS Aviation Services GmbH (DAS GmbH) auf Grundlage der von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsnormen ab dem Geschäftsjahr 2023, sofern für diese Gesellschaften vorgeschrieben.
2. Prüfung HGB Jahresabschluss für DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, DFS International Business Services GmbH, DAS GmbH, DFS Energy GmbH, R. Eisenschmidt GmbH, Kaufbeuren ATM Training GmbH und Droniq GmbH auf Grundlage der gültigen gesellschafts- und handelsrechtlichen Vorschriften ab dem Geschäftsjahr 2023. Auf alle zu prüfenden Gesellschaften sind die Vorschriften des 3. Buches des HGB für die Prüfung und Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für große Kapitalgesellschaften anzuwenden.
3. Prüfung der Vorschriften Haushaltsgrundsätzegesetz unter Einbeziehung des Risikofrüherkennungssystem nach den Grundsätzen des § 317 Abs.4 HGB für alle oben genannten Gesellschaften ab dem Geschäftsjahr 2023. Die Prüfung nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz umfasst ebenfalls die Erstellung eines Berichts über die Bezüge des Überwachungsorgans, der Geschäftsführung und der leitenden Angestellten (Bezügebericht).  
Optional:
4. Prüfung von Teilkonzernabschlüssen der o.a. Gesellschaften, sofern diese gesetzlich vorgeschrieben.
5. Unterjährige Prüfung nach nationalen und internationalen Normen der Zwischenabschlüsse der o.a. Gesellschaften zur Vorlage bei Banken und Investoren bzw. deren Beauftragten ab dem Geschäftsjahr 2023.
6. Sonderprüfungen im Auftrag des Gesellschafters oder Aufsichtsrates für noch zu bestimmende Geschäftsvorfälle ab dem Geschäftsjahr 2023.
7. Prüferische Durchsicht der Gesamtbilanz nach Gebührenrecht / IFRS 14.

**II.2.5) Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

**II.2.6) Geschätzter Wert****II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 12

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Dreimalige Verlängerung um je 12 Monate.

**II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber erfolgt anhand der persönlichen Lage der Bewerber sowie der nachgewiesenen wirtschaftlichen / finanziellen und technischen / fachlichen Leistungsfähigkeit.

In die Bewertung der vorgelegten Teilnahmeanträge fließen die Ergebnisse der Bewertung der wirtschaftlichen / finanziellen Leistungsfähigkeit zu 30% und die Ergebnisse der Bewertung der technischen / fachlichen Leistungsfähigkeit zu 70% ein.

-

Bewertungskriterien und Gewichtung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (Gesamtgewichtung 30%):

1. Unternehmensdarstellung des Bewerbers bezüglich der ausgeschriebenen Leistungsart: Vorstellung des Unternehmens. Hier können folgende Informationen einfließen: Historische Entwicklung, Organisation, Eigentums- und Beteiligungsstrukturen. Darstellung der Kernkompetenzen / des Schwerpunktes der

Geschäftstätigkeit, sowie die Bedeutung des entsprechenden Geschäftsfeldes bezüglich der ausgeschriebenen Leistungsart (geht zu 30% in die kaufmännische Bewertung mit ein).

2. Bonitätsrating des Bewerbers durch die Fa. Creditreform (wird durch die DFS eingeholt). Die qualitative Bewertung des Ratings erfolgt linear innerhalb eines Bonitätsindex zwischen 100 und 299 Punkten (geht zu 60% in die kaufmännische Bewertung mit ein).

3. Umsatzentwicklung des Bewerbers der letzten drei Geschäftsjahre bezogen auf die ausgeschriebene Leistungsart (geht zu 10% in die kaufmännische Bewertung mit ein).

-

Bewertungskriterien und Gewichtung der Fachkunde und technischen Leistungsfähigkeit (fachliche Bewertung) (Gesamtgewichtung 70%):

1. Referenznachweise in Form von ausführlichen Beschreibungen erfolgreich durchgeführter Prüfaufträge vergleichbarer Art und Größenordnung (entsprechend der fachlichen Anforderung / Leistungsgegenstand) nicht älter als 3 Jahre unter Angabe der Referenzkunden, Nennung des jeweiligen Auftragswertes (falls möglich, ansonsten bitte begründen) sowie eines fachlichen und kaufmännischen Ansprechpartners. Zu folgenden Schwerpunkten sollen Referenznachweise erbracht werden:

1a). Prüfungsmandate mit privatrechtlichen Unternehmen im Besitz des Bundes oder regulierten Unternehmen (Preisregulierung, Erfahrungen z.B. mit kommunalen Monopolanbietern der Daseinsvorsorge) (geht zu 15% in die fachliche Bewertung mit ein).

1b). Prüfungsmandate von aufwendigen und komplexen Zusagen zur betrieblichen Altersvorsorge nach IFRS, HGB und Steuerrecht (geht zu 10 % in die fachliche Bewertung mit ein):

- Defined Benefit Plan

- Defined Contribution Plan

- Einzelzusage

1c). Prüfungsmandate mit einem Umsatz über 750 Mio. EUR. Vorlage der letzten geprüften und veröffentlichten Geschäftsberichte der drei größten Mandate in den letzten drei Geschäftsjahren (geht zu 5% in die fachliche Bewertung mit ein).

1d). Prüfungsmandate, bei denen der WP-Bericht um den Berichtsteil Haushaltsgrundsätzegesetz (inklusive Einbeziehung des Risikofrüherkennungssystems nach den Grundsätzen des §317 Abs. 4 HGB) ergänzt wurde. (geht zu 5% in die fachliche Bewertung mit ein).

1e). Prüfungsmandate, bei denen aufgrund eines Ratings durch S&P oder Moodys ein „Letter of Comfort“ (oder gleichwertig) nach dem Jahresabschluss erstellt werden musste (geht zu 5% in die fachliche Bewertung mit ein).

2. Darstellung eines beispielhaften Prüfungskonzeptes am Beispiel der DFS (Übernahme des Mandates, Durchführung der Prüfung, Vernetzter Ansatz) auf Grundlage des Jahresabschlusses des Unternehmens (geht zu 45% in die fachliche Bewertung mit ein).

3. Allgemeine Aussagen zur Mitarbeiterqualifikation wie Ausbildung / allgemeine Qualifikation / Fachwissen im Hinblick auf die ausgeschriebene Leistungsart (geht zu 5% in die fachliche Bewertung mit ein).

4. Darstellung der Struktur und Leistungsfähigkeit der Berichtsabteilung / Backoffice / Berichtskritik inklusive Angabe von Reaktionszeiten auf kurzfristige Terminvorgaben (geht zu 5% in die fachliche Bewertung mit ein).

5. Darstellung von Kenntnissen über SAP Anwendungen in paralleler Rechnungslegung (HGB und IFRS) (geht zu 5% in die fachliche Bewertung mit ein).

-

Hinweis: Die aufgestellten Forderungen nicht älter als 3 Jahre stellt keine Mindestanforderung im Hinblick auf die Dauer der Geschäftstätigkeit dar. Unternehmen, die kürzer als drei Jahre existieren, machen diese Angaben bitte nur bezogen auf die Dauer ihrer Geschäftstätigkeit.

## II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

**II.2.11) Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

siehe Ziffer II.2.7

**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

**II.2.14) Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

**III.1) Teilnahmebedingungen**

**III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

III.1.1.1 Vorlage eines Handelsregisterauszuges, der bei Ablauf der Bewerbungsfrist nicht älter als 6 Monate ist. Sofern der Bewerber nicht im Handelsregister eingetragen ist: Aussage des Bewerbers in welchen sonstigen Berufsverbänden/Registern/Innungen/Kammern/etc. Eintragungen bestehen. Wenn möglich, Nachweis über die jeweiligen Eintragungen (ebenfalls nicht älter als 6 Monate). Sollte keine Eintragung bestehen: Der Bewerber hat im Teilnahmeantrag eine Begründung vorzulegen, warum keine Eintragung benötigt wird bzw. besteht.

III.1.1.2 Vorlage einer Eigenerklärung des Bewerbers, dass die in § 123 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen und dass die Voraussetzungen gemäß § 124 GWB nicht vorliegen.

III.1.1.3 Vorlage der Nachweise einer bestehenden Haftpflichtversicherung (z.B. Unternehmenshaftpflichtversicherung, Produkthaftpflichtversicherung) unter Angabe der Deckungssummen.

III.1.1.4 Vorlage einer Eigenerklärung des Bewerbers, ob er beabsichtigt Unteraufträge zu erteilen. Wenn ja: Aussage, für welche Leistungen Unteraufträge eingesetzt werden sollen. Wenn nein: Aussage, dass er nicht beabsichtigt Unteraufträge zu erteilen oder dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist.

III.1.1.5 Vorlage einer schriftlichen Erklärung des Bewerbers, ob Unbedenklichkeitsbescheinigungen in Form von Zuverlässigkeitsüberprüfungen gemäß § 7 Luftsicherheitsgesetz für Mitarbeiter vorliegen bzw. Vorlage einer schriftlichen Erklärung des Bewerbers zur Bereitschaft zu deren Durchführung.

Hinweis: Der Auftrag kann nur von Personal durchgeführt werden, für welches eine Zuverlässigkeitsüberprüfung gemäß §7 Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) vorliegt.

-

Allgemeiner Hinweis:

1. Beachten Sie hierzu auch die Ausführungen in Ziffer VI.3.1 (Zusätzliche Angaben).

**III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

III.1.2.1 Unternehmensdarstellung:

Vorlage einer Unternehmensdarstellung des Bewerbers bezüglich der ausgeschriebenen Leistungsart: Vorstellung des Unternehmens. Hier können folgende Aspekte einfließen: Historische Entwicklung, Organisation, Eigentums- und Beteiligungsstrukturen, etc. Darstellung der Kernkompetenzen / des

Schwerpunktes der Geschäftstätigkeit, sowie die Bedeutung des entsprechenden Geschäftsfeldes bezüglich der ausgeschriebenen Leistungsart.

#### III.1.2.2 Bonitätsbewertung:

Ein Bonitätsrating des Bewerbers der Fa. Creditreform wird durch die Vergabestelle eingeholt. Ist der Bewerber nicht bei der Fa. Creditreform gelistet, so ist er verpflichtet, ein Bonitätsrating einer vergleichbaren Wirtschaftsauskunft einzureichen (die Überprüfung, ob ein Bewerber gelistet ist, hat durch den Bewerber selbst zu erfolgen).

Geforderte Mindeststandards: Die Bonitätsbewertung durch die Firma Creditreform darf höchstens einen Bonitätsindex von 299 Punkten aufweisen.

ACHTUNG: Sollte der Bonitätsindex bei der Fa. Creditreform 200 Punkte oder schlechter aufweisen, so wird der Bewerber seitens der Vergabestelle zur Aufklärung aufgefordert.

#### III.1.2.3 Umsatzentwicklung :

Vorlage einer Eigenerklärung des Bewerbers zu den Umsätzen der vergangenen drei Geschäftsjahre bezogen auf die ausgeschriebene Leistungsart.

Geforderte Mindeststandards: Umsatz in der ausgeschriebenen Leistungsart von durchschnittlich 400.000 EUR / Jahr bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

-

Allgemeiner Hinweis:

1. Die aufgestellte Forderung bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre stellt keine Mindestanforderung im Hinblick auf die Dauer der Geschäftstätigkeit dar. Unternehmen, die kürzer als drei Jahre existieren, machen diese Angaben bitte nur bezogen auf die Dauer ihrer Geschäftstätigkeit.

2. Beachten Sie hierzu auch die Ausführungen in Ziffer VI.3.1 (Zusätzliche Angaben) -

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

siehe oben unter den Punkten III.1.2.2 und III.1.2.3

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

III.1.3.1 Referenznachweise in Form von ausführlichen Beschreibungen erfolgreich durchgeführter Prüfaufträge vergleichbarer Art und Größenordnung (entsprechend der fachlichen Anforderung / Leistungsgegenstand) nicht älter als 3 Jahre unter Angabe der Referenzkunden, Nennung des jeweiligen Auftragswertes (falls möglich, ansonsten bitte begründen) sowie eines fachlichen und kaufmännischen Ansprechpartners. Im Rahmen der Referenzbewertung wird u.a. eine generelle Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer/WP-Gesellschaft und eine

nachweisbare Erfahrung in internationalen Steuerangelegenheiten berücksichtigt. Zu folgenden Schwerpunkten sollen Referenznachweise erbracht werden:

1a). Prüfungsmandate mit privatrechtlichen Unternehmen im Besitz des Bundes oder regulierten Unternehmen (Preisregulierung, Erfahrungen z.B. mit kommunalen Monopolanbietern der Daseinsvorsorge).

1b). Prüfungsmandate von aufwendigen und komplexen Zusagen zur betrieblichen Altersvorsorge nach IFRS, HGB und Steuerrecht:

- Defined Benefit Plan
- Defined Contribution Plan
- Einzelzusage

1c). Prüfungsmandate mit einem Umsatz über 750 Mio. EUR. Vorlage der letzten geprüften und veröffentlichten Geschäftsberichte der drei größten Mandate in den letzten drei Geschäftsjahren.

1d). Prüfungsmandate, bei denen der WP-Bericht um den Berichtsteil Haushaltsgrundsätzegesetz (inklusive Einbeziehung des Risikofrüherkennungssystems nach den Grundsätzen des §317 Abs. 4 HGB) ergänzt wurde.

1e). Prüfungsmandate, bei denen aufgrund eines Ratings durch S&P oder Moodys ein „Letter of Comfort“ (oder gleichwertig) nach dem Jahresabschluss erstellt werden musste.

Geforderte Mindeststandards:

Zu 1a): Mindestens 1 Referenzmandate.

Zu 1b): Mindestens 2 Referenzmandate.

Zu 1c): Mindestens 2 Referenzmandate.

Zu 1d): Mindestens 2 Referenzmandate.

Zu 1e): Mindestens 2 Referenzmandate.

III.1.3.2 Darstellung eines beispielhaften Prüfungskonzeptes am Beispiel der DFS (Übernahme des Mandates, Durchführung der Prüfung, Vernetzter Ansatz) auf Grundlage des Jahresabschlusses des Unternehmens.

Geforderte Mindeststandards:

Eigenerklärung des Unternehmens, dass mindestens zwei erfahrene Wirtschaftsprüfer im für die DFS vorgesehenen Team agieren werden.

III.1.3.3 Allgemeine Aussagen zur Mitarbeiterqualifikation wie Ausbildung / allgemeine Qualifikation / Fachwissen im Hinblick auf die ausgeschriebene Leistungsart.

III.1.3.4 Darstellung der Struktur und Leistungsfähigkeit der Berichtsabteilung / Backoffice / Berichtskritik inklusive Angabe von Reaktionszeiten auf kurzfristige Terminvorgaben.

III.1.3.5 Darstellung von Kenntnissen über SAP Anwendungen in paralleler Rechnungslegung (HGB und IFRS).

-

Allgemeiner Hinweis:

1. Die aufgestellte Forderung bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre stellt keine Mindestanforderung im Hinblick auf die Dauer der Geschäftstätigkeit dar. Unternehmen, die kürzer als drei Jahre existieren, machen diese Angaben bitte nur bezogen auf die Dauer ihrer Geschäftstätigkeit.

2. Beachten Sie hierzu auch die Ausführungen in Ziffer VI.3.1 (Zusätzliche Angaben) -

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

siehe oben unter den Punkten III.1.3.1 und III.1.3.2

#### **Abschnitt IV: Verfahren**

##### **IV.1) Beschreibung**

##### **IV.1.1) Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

##### **IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**  
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote
- IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**  
Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**  
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**  
Tag: 10/06/2022  
Ortszeit: 14:00
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**  
Tag: 30/06/2022
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**  
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**  
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/12/2022

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
1. Eignungsleihe (§ 47 VgV): Plant ein Bewerber die Eignungsleihe, so sind die gemäß Ziffern III.1.1, III.1.2 und III.1.3 geforderten Angaben / Informationen / Unterlagen auch von den „anderen“ Unternehmen im Sinne des § 47 Abs. 1 VgV einzureichen. Zusätzlich ist eine unterzeichnete Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen einzureichen, die eine verbindliche Aussage über die Bereitstellung der erforderlichen Mittel / Ressourcen zur Erfüllung im Auftragsfall beinhaltet. Für die Eignungsleihe gelten die Bestimmungen von § 47 Abs. 1 S.3 und Abs. 3 VgV.
  2. Bewerbungsgemeinschaften: Bewerbungsgemeinschaften müssen mit Ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung abgeben.
  3. Die Korrespondenz im Rahmen des Vergabeverfahrens erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache und ausschließlich über das System subreport Elvis.
  4. Ebenfalls sind die Teilnahmeanträge und späteren Angebote ausschließlich nur elektronisch via: <https://www.subreport.de/> einzureichen.  
Die Abgabe der Teilnahmeanträge und der späteren Angebote erfolgt ausschließlich über die Funktion „Teilnahmeanträge“ / „Angebote“ „abgeben“. Die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten über die Funktion „Kommunikation“ oder anderes führt zum direkten Ausschluss vom Wettbewerb.
  5. Bei technischen Störungen oder Fragen zur Handhabung des Systems wenden Sie sich bitte direkt an subreport unter +49 221 985 78-0 bzw. [info@subreport.de](mailto:info@subreport.de) .
  6. Für die Erstellung der Teilnahmeanträge und der späteren Angebote erhält der Bewerber / Bieter keine Kostenerstattung.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**



**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Postanschrift: Villemombler Str. 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

Telefon: +49 228/9499-0

**VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

**VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Postanschrift: Villemombler Str. 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

Telefon: +49 228/9499-0

**VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

10/05/2022